

Dienstag, 2. Februar 2021

Herausforderungen für die Berggemeinden

Am Donnerstagabend lud das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) zum virtuellen Mitgliederapéro.

Trotz virtueller Durchführung aufgrund der Corona-Bestimmungen war das Interesse am Mitgliederapéro des NOB gross. «Fast alle der 41 Mitgliedergemeinden waren vertreten», sagt Christian Pfammatter, Vorsitzender des NOB. «Das Bedürfnis, sich über die Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen, ist da. Wir haben das Programm bewusst vielfältig gestaltet, um neben den Herausforderungen der Corona-Krise auch andere Inhalte mit hoher Relevanz für die Berggemeinden thematisieren zu können.»

Staatsrat Christophe Darbellay informierte über die aktuelle Lage im Kanton Wallis in Zusammenhang mit dem Coronavirus und dessen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Er unterstrich die Bedeutung des Tourismus und die kantonalen Bemühungen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die stark betroffenen Branchen zu unterstützen. Nationalrat Philipp Matthias Bregy wies in seiner Rede auf die wichtige Rolle der Berggemeinden, deren Bevölkerung und lokalen Betriebe für das gesamte Oberwallis hin. Die Corona-Krise könne dazu führen, dass den ländlichen Regionen längerfristig Geld fehle und dadurch die Entwicklung gehemmt werde. Dies müsse dringend vermieden werden. Thomas Egger zeigte auf, wie die Interessen der Berggemeinden auf der nationalen Ebene durch die SAB vertreten werden und wie unter anderem mit dem Smart-Villages-Ansatz die Chancen der Digitalisierung auch im Oberwallis genutzt werden können.



Im Zeichen der Corona-Krise. Das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) lud zum virtuellen Mitgliederapéro ein.

Bild: zvg

Nicht nur das Coronavirus, sondern auch strukturelle Herausforderung wie der teilweise bereits reale oder sich abzeichnende Hausärztemangel in verschiedenen Berggemeinden wurden am NOB-Mitgliederapéro thematisiert. Gerhard Kiechler informierte als Vertreter der Taskforce Hausärztemangel über die geplante Initiative, Synergien besser zu nutzen. «Verschiedene Gemeinden haben bereits innovative Lösungen entwickelt. Da die meisten Berg-

dörfer früher oder später vor der gleichen Frage stehen, haben wir eine Taskforce gebildet. Ziel ist es, die Kräfte zu bündeln und ein regional koordiniertes Vorgehen zu definieren, um wieder vermehrt Hausärztinnen und Hausärzte für die medizinische Grundversorgung im Oberwallis zu gewinnen.»

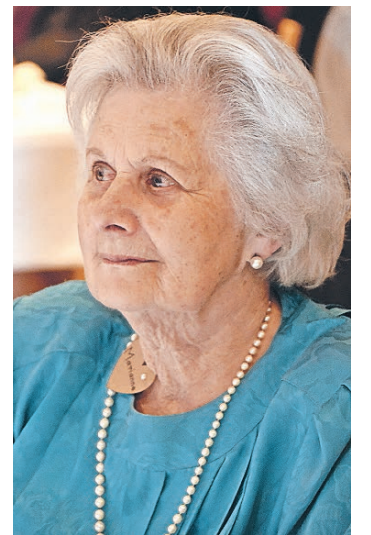
Im Spannungsfeld zwischen Zu- und Abwanderung

Marc Franzen, Projektleiter des Regionalentwicklungspro-

gramms WIWA, zeigte den anwesenden NOB-Mitgliedern in seinem Referat auf, wie das aktuelle Wirtschaftswachstum sich auf die Bevölkerungsstruktur des Oberwallis auswirkt. «Die Dynamik ist enorm. Für die Berggemeinden ist diese Entwicklung Herausforderung und Chance zugleich. Unsere Umfragen zeigen, dass die auswärtigen Fachkräfte die Natur und den Freizeitwert besonders schätzen. Das macht Bergdörfer für sie attraktiv. Viele

Zugezogene wohnen zuerst in Visp, Brig-Glis oder Naters und ziehen später in kleinere Oberwalliser Gemeinden. Wenn also ein Bergdorf bereit ist, in seine Infrastruktur – zeitgemässe Mietwohnungen, Kinderbetreuung und Mobilität – zu investieren und innovative Angebote macht, kann sie von der Zuwanderung profitieren. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der Abwanderung entgegenwirken», so Marc Franzen. (wb)

Alles Liebe zum 90. Geburtstag



Glis Heute kann Marianne Scheibler-Notz im Altersheim Englischgruss ihren 90. Geburtstag feiern. Zu diesem hohen Wiegenfest gratulieren ihr ihre drei Söhne mit Schwiegertöchtern und Enkeln. Sie wünschen der Jubilarin von Herzen weiterhin viel Glück, gute Gesundheit und Gottesegen.

Beerdigungen

Naters Hans Eggel-Kissling, 1932, Beerdigungsgottesdienst und Urnenbeisetzung im Familienkreis in der Pfarrkirche in Naters

Reckingen Marinus Müller, 1939, Abschied im Familienkreis

Siders Ludwig Garbely, 1947, Beerdigungsgottesdienst heute Dienstag, 10.30 Uhr, in der Pfarrkirche Ste-Croix in Siders

Emotionaler Appell an Kindheitserinnerungen

Der Baumeisterverband will mit emotionalen Clips und Bildern Lehrlinge finden.

Die Ausgangslage ist nicht neu. Im Wallis gibt es zu wenig Lehrlinge in der Baubranche. Gemäss den Verantwortlichen stellt die sinkende Zahl von Jugendlichen, die sich für die Berufe der Bauwirtschaft interessieren, weiterhin die wesentliche Herausforderung der Nachwuchsförderung auf allen Ebenen der Branche dar.

Neben den zahlreichen Sensibilisierungsaktionen wollen die Vertreter des Bauhauptgewerbes nun eine neuartige, facettenreiche Kampagne fahren. «Ab heute entwickelt sich im Wallis ein ganz neues Unternehmen, das in der Bauwirtschaft tätig ist. Es handelt sich um die BIG Construction Company», heisst es in einer entscheidenden Medienmitteilung. Besonderheit: «Die BIG ist überall anzutreffen. Sie arbeitet im gesamten Kanton, vom Oberwallis über das Mittelwallis bis hin zum Unterwallis.

Sie ist aktiv im Hoch-, Tief- und Strassenbau und sogar im Plattenlegewerbe.»

Die produzierten Videos bilden den Mittelpunkt und die Grundlage der neuen Fördereingangsphase der Berufe der Bauwirtschaft, lanciert vom Walliser Baumeisterverband und unterstützt vom paritätischen Fonds des Bauhauptgewerbes des Kantons Wallis.

Neben der bisher ausgearbeiteten und eingesetzten institutionellen Kommunikation ging es den Verantwortlichen darum, wirklich das Herz des Publikums, insbesondere der Jugendlichen, anzusprechen und in ihnen die Emotionen ihrer Kindheit, die Gefühle, das Staunen und vor allem die Freude zu wecken.

Die Hoffnung ist da, mit der neuen Kampagne die Jugendlichen zu erreichen, aber auch deren Eltern für die besagten Berufe zu sensibilisieren. (ip)

Parteienforum

Corona rechtfertigt nicht alles!

Besondere Zeiten erfordern besondere Massnahmen. Eine solche Zeit haben wir aktuell. Bedeutet dies jedoch, dass nun alles erlaubt ist, was in «normalen» Zeiten nicht geht? Die Antwort der FDP ist klar: Nein!

Dass der Staat aufgrund von Corona Massnahmen ergreifen musste und muss, ist wohl nicht bestritten. Wie weit diese gehen sollen, ist jedoch eine andere Frage. Was die FDP entschieden ablehnt, sind willkürliche Zwangseingriffe, wie sie etwa beim Covid-19-Geschäftsmietgesetz vorgesehen waren. Ein genereller Zwang für einen Erlass von 60 Prozent der vereinbarten Geschäftsmieten wäre willkürlich und verfassungswidrig gewesen. Der vorgesehene rückwirkende Eingriff in die mietvertraglichen Rechte hätte gleich mehrere durch die Bundesverfassung garantierte Rechte verletzt. Insbesondere wäre es auch ein Verstoß gegen den Grundsatz

Leserbrief

Teures Geschenk

der Wettbewerbsneutralität gewesen, da viele Unternehmer nicht Mieter, sondern Eigentümer der genutzten Liegenschaft sind. Während die Mieter stark entlastet worden wären, hätten die Unternehmen in der eigenen Liegenschaft ihre Raumkosten (bspw. Hypothekenzinsen) vollumfänglich selber tragen müssen. Zum Glück wurde dieses Gesetz im Parlament abgelehnt – mit Unterstützung der FDP. Einvernehmlich getroffene Vereinbarungen zwischen Mietern und Vermietern, welche den konkreten Gegebenheiten Rechnung tragen, sind staatlichen, undifferenzierten Zwangseingriffen vorzuziehen.

Die FDP setzt sich für sinnvolle Corona-Massnahmen ein, lehnt jedoch Eingriffe, wie sie beim Covid-19-Geschäftsmietgesetz vorgesehen waren, entschieden ab. Denn Corona rechtfertigt einiges, aber sicher nicht alles!

FDP. Die Liberalen und Freie Wähler Visp

Im Frühjahr 2018 erarbeitete der Staatsrat das kantonale Mobilitätskonzept 2040. Das Strategiepapier zeigt, wie der Kanton die Mobilität bis 2040 gestalten will. Eine leistungsstarke Mobilität mit besseren, sichereren und leistungsstärkeren öffentlichen Verkehrsmitteln in allen Regionen soll gewährleistet sein.

Doch Vorsicht: Gerade der Bezirk Westlich Raron würde von den geplanten Massnahmen hart getroffen: Geplant ist die Streichung der Luftseilbahn Raron-Eischoll von der Liste der vom Staat unterstützten Seilbahnen. Von Hohtenn bis hin zur BLS-Station und in einigen Abschnitten des Lötschentals sollen ebenfalls Strassen deklassiert, d.h. der Gemeinde übertragen werden. Zwischen Eischoll und Unterbach ist geplant, die Verbindungstrasse den beiden Berggemeinden zu «schenken».

Auch wenn man einem geschenkten Gaul nicht ins

Maul schaut: Der Kanton schiebt damit unweigerlich weitere kostenintensive Aufgaben und immense finanzielle Lasten an Gemeinden ab. Gleichzeitig schränkt er noch deren Handlungsspielraum ein.

Soll das Mobilitätskonzept 2040 allerdings in allen Regionen gewährleistet sein, so braucht es genau jene funktionierende Infrastruktur: Denn wenn finanzschwache Gemeinden den Strassenunterhalt nicht finanzieren können, bleibt es lediglich ein Stück Papier mit hohen Kosten für Gemeinden. Es reicht: Das Mobilitätskonzept 2040 darf keinesfalls zu einem desaströsen Streichkonzert verkommen.

Als Bewohnerin einer Berggemeinde, die auf gute Strassen angewiesen ist, werde ich mich deshalb gegen die Abschiebung von weiteren Verpflichtungen und finanziellen Bürden vom Kanton an die Gemeinden einsetzen.

Karin Werlen, Bürchen